

Warum kommt kein Solidaritätsbeitrag von 298.000 Migranten?

Der Bundeskanzler hat jetzt mit tränennassen Augen (tatsächlich) bei einem Medienstatement kommuniziert: „Wenn die Herausforderungen groß sind, muss die Gemeinsamkeit noch größer sein.“ Das war die Einleitung dazu, dass Österreichs Pensionisten viel Geld verlieren werden, dass auch Österreichs Familien die Inflationsabgeltung weggenommen wird, dass die Steuerbelastung für alle Österreicher in Kürze vermutlich noch mehr steigen wird.

Ein lieber Freund, der von diesem TV-Auftritt Stockers ebenso etwas irritiert war, fragte mich dann dazu am Telefon: „Also wir Österreicher sollen gemeinsam noch mehr ausgeplündert werden. Aber was ist bitte mit den Migranten? Sollten die nicht auch ihre Solidarität zu ihrem von Schwarz-Rot-Grün-NEOS fast bis in die Pleite gewirtschafteten Gastgeberlandes zeigen?“

Ja, das hat was: Jahrelang werden diese „Schutzsuchenden“ aus Syrien, Afghanistan und aus der Ukraine schon vom österreichischen Steuerzahler verpflegt, beherbergt, mit Bargeld und auch mit dem gesamten Gesundheitsapparat versorgt.

In Wien bekommen diese Massenzuwanderer – wie jeder in Not geratene Österreicher – die volle Mindestsicherung. Das sind für Alleinstehende oder Alleinerzieherinnen 1209,01 Euro, und für Personen ab dem vollendeten 25. Lebensjahr, die mit anderen Personen in einer Ehe, eingetragenen Partnerschaft oder Lebensgemeinschaft leben (pro Person) 846,31 Euro. Und zusätzlich gibt’s für jedes minderjährige Kinder 326,44 Euro, dazu kommen noch Wohnbeihilfen und sonstige Sozialgelder.

Quelle:
https://blog.kumhofer.at/warum-kommt-kein-solidaritaetsbeitrag-von-298-000-migranten/

Mancher Syrer oder Afghane kommt in Wien so auf ein Netto-Familieneinkommen von 4600 bis 9000 Euro – wir berichteten von diesen Fällen.

Auch mit Einbehalt des Hunderters bleiben 1109,01 Euro

Warum wird also von diesen Zuwanderern nicht ein „Solidaritäts-Hunderter“ verlangt? Da würden noch immer 1109,01 Euro an Mindestsicherung bleiben – und die richtigen Sozialsystem-Spezialisten mit 4600 bis 9000 Euro würden das auf ihren Konten kaum bemerken, dass ein Hunderter fehlt.

Die Auswirkungen für die Republik wären nicht unwesentlich: So käme bei 298.000 aktuell im Land lebenden Asylwerbern und Asylberechtigten mit dem Einbehalten eines „Solidaritäts-Hunderters“ eine monatliche Summe von 29,8 Millionen zusammen, im Jahr wären das 357,6 Millionen Euro.

Nach nur 5 Jahren ab Beginn der Einhebung dieses Solidaritäts-Hunderters für ihr Gastland hätten die Asylwerber und Asylberechtigten uns Österreichern dabei geholfen, 1,79 Milliarden Euro einzusparen.

Natürlich werden das weder die ÖVP, die NEOS und schon gar nicht die SPÖ, die Schutzmantel-Madonna aller illegal zugewanderten Migranten, nur ansatzweise in Erwägung ziehen: Der Erhalt des Lebensstandards der Herren und Damen aus dem Morgenland und aus der Ukraine ist für sie einfach schützenswerter als jener der österreichischen Pensionisten – bei den hier eingeborenen Senioren, die das Land aufgebaut haben, kann mit einem Federstrich der Krankenversicherungsbeitrag erhöht und die Inflationsabgeltung wegradiert werden, das Wahlverhalten wird sich – siehe Wien-Wahl – trotzdem nur ganz, ganz langsam ändern.

Mohammed, Achmed, Aybike und Leila haben da mehr Glück – diese Bundesregierung wird ihnen keinen Cent wegnehmen.

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von Richard Schmitt via statement.at